

Umgang mit den Folgen der Jobcenterkürzungen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Welche Folgen werden die angekündigten Kürzungen der Bundesregierung in den Jobcentern für die soziale Infrastruktur und für langzeitarbeitslose Menschen in Bremen haben?
2. Was plant der Senat, um die Folgen für die soziale Infrastruktur und die betroffenen Einrichtungen aufzufangen?
3. Welche Alternativen wird der Senat arbeitswilligen, aber stark beeinträchtigten Menschen anbieten, die durch die Kürzungen ihren Job und ihre Tagesstruktur verlieren?

Zu Frage 1:

Das genaue Ausmaß der Kürzungen liegt dem Jobcenter Bremen wegen des weiterhin offenen Bundeshaushaltes noch nicht vor. Das Jobcenter plant das arbeitsmarktpolitische Angebot mit den Schätzwerten, die das BMAS im August 2024 zur Verfügung gestellt hat. Es ist aber zu erwarten, dass das Jobcenter in 2025 Kürzungen bei seinen Maßnahmen und damit konkret bei Teilnehmer:innenplätzen vornehmen muss. Dadurch wird die bisherige soziale Infrastruktur in den Bremer Quartieren natürlich Einbußen erfahren.

Zu Frage 2:

Der Senat hat in den vergangenen Monaten intensiv an Lösungen gearbeitet, um die Auswirkungen der geplanten Kürzungen durch das Jobcenter ab 2025 abzufedern. In enger Abstimmung mit den zuständigen Ressorts wurden konkrete Vorschläge an das Jobcenter erarbeitet, die sowohl den betroffenen Quartieren als auch den Beschäftigungsträgern und insbesondere den Teilnehmenden in AGH-Maßnahmen zugutekommen sollen. Ziel ist es, die Auswirkungen der Kürzungen wirksam zu mildern und gleichzeitig eine weiterhin angemessene Verteilung der Maßnahmen über das gesamte Stadtgebiet sicherzustellen.

Zu Frage 3:

Es ist im Sinne des Senats, dass so viele Maßnahmen wie möglich in 2025 erhalten bleiben, um die Auswirkungen möglicher Sparzwänge in den Bremer Quartieren und für betroffene Teilnehmende gering zu halten. Für stark beeinträchtigte Menschen, die ab dem nächsten Jahr zunächst keinen Maßnahmenplatz mehr haben, wird aktuell vom Jobcenter ausgelotet, welche alternativen Angebote geschaffen werden können. Dies könnte beispielsweise im Rahmen von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung erfolgen. Solche Lösungsvorschläge flankiert und unterstützt der Senat mit Nachdruck.